7. Jahrgang, Nummer 218

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 24. September 1925

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 Mk., monatlich 1,80 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544.

Mit den Gratisbeilagen:
„Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe"
„Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 8837. Filialexpeditionen: Bunzlau, Ausweg 41 b, Lauban, Aeußere Görlitzer Straße 1, Liegnitz, Dänemarkstraße 40, Sagan, Stadtwiese 4. Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, R. 8837. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

Die SPD.-Arbeiter gegen Heidelberg!

Empörung der sächsischen sozialdemokratischen Mitglieder über den Sieg der 23 Ministersozialisten und Disziplinbrecher

(Eig. Drahtb.) Berlin, 24. September.

Der Heidelberger Parteitag, der im ganzen und besonders im Sachsenkonflikt einen vollen Sieg der Rechten, der Koalitionsfreunde, gebracht hat, ruft bei den sozialdemokratischen Mitgliedern teilweise große Empörung hervor. Besonders natürlich in Sachsen, wo die Arbeiter nunmehr sehen, daß die 23 Disziplinbrecher, die Ministersozialisten um jeden Preis rehabilitiert worden sind. In Leipzig fand eine Mitgliederversammlung der SPD. statt, die eine Resolution annahm, daß sie „den stärksten Protest gegen die vom Heidelberger Parteitag getroffene Entscheidung im sächsischen Konflikt" erhebe. Auch die sogenannten „linken" SPD.-Blätter Sachsens, die, wenn auch sie zurückhaltend, so doch in etwas die Stimmung der sozialdemokratischen Mitglieder widerspiegeln, erheben lautes Oppositionsgeschrei. Aber das wahrscheinlich nur, um den Umfall ihrer Freunde in Heidelberg zu verdecken.

In den Mitgliederkreisen wird auch dieser Verrat der Delegierten heftig bekämpft. Noch einige Zeit ministersozialistische Verräterei und „linke" Erbärmlichkeit, dann werden auch den sächsischen sozialdemokratischen Mitgliedern die Augen aufgehen. Dazu wird das Heidelberger Ergebnis für seinen Teil beitragen.

*

Um das Heidelberger Programm

(Eig. Drahtb.) Frankfurt a. M., 24. September.

Der sozialdemokratische Programmentwurf rief bekanntlich gleich nach seinem Erscheinen höchste Erregung bei den sozialdemokratischen Arbeitern hervor. Nunmehr ist er als Programm angenommen, angenommen ohne jene aus allen Teilen des Reiches geforderte Einfügung des Wortes „Klassenkampf". Wie ist nun das Echo dieses Programmes in der SPD? An der ablehnenden Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder kann kein Zweifel sein, zu deutlich waren die von ihnen allerorts eingebrachten Resolutionen. Für die Haltung der sogenannten „linken" Führer dagegen liefert ein Musterbeispiel die Frankfurter „Volksstimme". Noch am 19. September schrieb dieses prinzipienfeste Blatt:

„Wir hätten gewünscht, daß das Parteiprogramm nicht in dieser Form angenommen würde."

Am 22. September, nach dem feigen Verhalten dieser „linken" Führer in Heidelberg heißt es anders, und zwar:

„Unsere Stellungnahme am 19. erfolgte auf Grund der uns vorliegenden Berichte. Wir waren dabei des guten Glaubens, daß es sich um den bekannten Entwurf handelte. Tatsächlich hat die vom Parteitag eingesetzte Programmkommission diesen Entwurf jedoch vielfach umgestaltet, gekürzt und ergänzt und seinen Stil (!) wesentlich verbessert."

Die Wahrheit ist, daß dieses Programm eine gute Grundlage für unsere künftige Arbeit bildet. Wir sind glücklich, wenn wir hervorheben, was uns eint. Das Heidelberger Programm, daß mit einer verständlich großen Mehrheit angenommen wurde, eint uns."

Was hat sich nun nach der Meinung der „linken" „Frankfurter Volksstimme" an dem zuerst abgelehnten Programm geändert? Hört dieses „oppositionelle" Blatt selbst:

„Insbesondere ist die unglückliche Uebergangsformel gestrichen, in der es hieß, daß die Ziele der Sozialdemokratie durch die Verwirklichung des Aktionsprogramms erreicht würden."

Das ganze ist ein schamloser Selbstbetrug. Beim Vergleich kann jeder sozialdemokratische Arbeiter feststellen, daß das angenommene Programm nichts anderes besagt wie der Programmentwurf.

Kommunistenverurteilungen und kein Ende!

(Eig. Drahtb.) Leipzig, 24. September.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte gestern gegen den Eisenbahnarbeiter Friedrich Ebert und den ehemaligen Schützen Hermann Trittel, beide aus Dt.-Eylau, wegen Beihilfe zum Hochverrat, Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und „Verhetzung der Reichswehr". — Ebert war Leiter der KPD. in Dt.-Eylau und hatte an die Adressen von Reichswehrsoldaten unter Mithilfe von Trittel Flugschriften der KPD. gesandt. Ebert wurde zu 2½ Jahren Zuchthaus und 250 M. Geldstrafe, Trittel zu einem Jahr und vier Monaten Zuchthaus und 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Hungerstreik kommunistischer Matrosen

(Eig. Drahtb.) Paris, 24. September.

Der kommunistische Abgeordnete Cachin hat dem französischen Marineminister mitgeteilt, daß mit dem 17. September die Mehrzahl der im Militärgefängnis von Toulon sitzenden Matrosen, von denen einige wegen Teilnahme an der Meuterei auf den Panzerkreuzern „Paris" und „Courbet" verurteilt worden sind, in den Hungerstreik getreten ist, um gegen die von ihnen behauptete schlechte Verpflegung und schlechte Behandlung zu protestieren.

Tausende Kommunisten in Italien verhaftet!

(Eig. Drahtb.) Rom, 24. September.

In den letzten Tagen entwickelt die faschistische Polizei höchste Aktivität. Die Kommunistenverhaftungen jagen einander. Wie nunmehr von amtlicher Seite selber zugegeben wird, sollen insgesamt 1600 Kommunisten festgenommen worden sein. Doch ist diese Zahl zu niedrig. In Wirklichkeit sitzen 3000 bis 4000 revolutionäre Arbeiter in den faschistischen Kerkern.

Vom Tage

Die große Kabinettsitzung unter Hindenburg wird erst heute stattfinden. Die Beschickung der Konferenz durch Stresemann und Luther wird beschlossen werden.

In der Provinz Niederschlesien gab es in der vorigen Woche 23 000 Arbeitsuchende gegen nur 7000 offene Stellen. Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger wurden 8200 gezählt.

Der Vizepräsident des Reichstages teilt der Kommunistischen Fraktion mit, daß am Donnerstag der Aeltestenausschuß zusammentreten werde, der sich einzig mit dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags befassen werde.

Sämtliche Werkmeister und Vizewerkmeister der Firma Massau, Schwarzkopf, Wildau-Berlin, sind wegen Gehaltsforderungen in einen Streik getreten, der vom Deutschen Werkmeisterverband sanktioniert wurde.

Die Kriegspaktkonferenz soll nach französischen Meldungen nicht in Luzern, sondern in Locarno stattfinden und am 5. Oktober beginnen.

Dem französischen Abgeordneten Genossen Doriot soll es nach Pariser Meldungen gelungen sein, von Algier aus nach Marokko zu gelangen, wo er, weil er keine „Aufenthaltserlaubnis" hat, von der Polizei eifrigst gesucht wird.

Wegen des Demonstrationsstreikes der Pariser Postbeamten wurden 6 von ihnen entlassen und mehrere strafversetzt.

Das englische Innenministerium hat die sofortige Ausweisung von 50 russischen und französischen Kommunisten aus England beschlossen. Zur Bekämpfung der revolutionären Propaganda wird es weiter schwerere Fremdenlisten einführen.

Die Nachrichten über eine Verwundung Abd el Krims stellen sich, wie zu erwarten war, als spanischer Bluff heraus.

In Graz und Wien sind 5000 Metallarbeiter und in Lyon 4000 Bauarbeiter in den Streik getreten.

In Albanien soll es zu dauernden Unruhen gegen die vom ausländischen Kapital bestochene albanische Regierung kommen.

Wir müssen ein deutsches Scarborough schaffen

A. Ew. Der letzte englische Gewerkschaftskongreß hat für die gesamte internationale Arbeiterbewegung darum eine große Bedeutung, weil er die Linie und die Beschlüsse von Hull bestätigt und verstärkt hat. In die Arbeiterbewegung Europas tritt durch die Linksentwicklung der englischen Gewerkschaften ein neues Moment, das an Bedeutung nur von dem Erstarken und dem steigenden Einfluß der russischen Gewerkschaften übertroffen wird. Es ist nicht die Aufgabe der Kommunisten in Deutschland, die Schwächen und Halbheiten vieler Beschlüsse des englischen Gewerkschaftskongresses zu kritisieren; es ist nicht unsere Aufgabe, die Schwankungen englischer linker Führer hier in Deutschland unter die Lupe zu nehmen. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, die fortschrittliche, revolutionäre Tendenz der Entwicklung der englischen Gewerkschaften in ihrer großen welthistorischen Bedeutung zu erkennen und diese Erkenntnis in praktische Arbeit in der deutschen Arbeiterbewegung zur Anwendung zu bringen.

Besonders im Zusammenhang mit dem Offenen Brief der Exekutive und der damit verbundenen taktischen Wendung unserer Partei gewinnen die Beschlüsse des Kongresses von Scarborough eine besondere Bedeutung.

Sie schaffen auch für die deutsche Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung eine ernste Grundlage zum Aufstieg, zu einer Fortentwicklung, zu einer Sammlung aller gesunden Kräfte der deutschen Arbeiterklasse zu gemeinsamer Arbeit.

Sozialdemokratische, kommunistische, bürgerliche Parteien angehörende und parteilose Arbeiter müssen auch in Deutschland in ernster jahrelanger Arbeit zusammengeführt werden in den großen Gewerkschaftsorganisationen. Wir müssen der Arbeiterklasse zeigen, und durch unsere eigene Arbeit beweisen, daß, wie groß auch immer die politischen Gegensätze sind, ein gemeinsamer Boden für den täglichen Kampf der Arbeiter, vor allem in den einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen gefunden werden muß.

Die aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und vor allem der Sozialdemokratischen Partei herausgewachsene Auffassung „Partei und Gewerkschaften sind eins" hatte anfangs große Vorteile. Diese haben sich aber schon längst — und schon in der Vorkriegszeit — in Nachteile verwandelt. Natürlich gehören die politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung zusammen. Natürlich wird jede Arbeiterpartei — ob kleinbürgerlich oder revolutionär — um Einfluß in den Gewerkschaften ringen.

Aber die Politik der SPD. mit ihrem Konservativismus, mit ihren reaktionären Einflüssen, mit ihren Rücksichten auf die Interessen und außenpolitischen Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie macht heute notwendiger denn je eine größere Selbständigkeit der Politik der deutschen Gewerkschaften gegenüber der SPD., wenn nicht die Interessen der deutschen Arbeiter schweren Schaden leiden sollen.

Jeder sozialdemokratische Arbeiter weiß doch, daß die SPD. besonders dann gegen jeden Wirtschaftskampf auftritt, wenn ihre Minister in der Regierung sitzen. Haben sie doch alles getan, um die Technische Nothilfe zu schaffen, haben sie doch gegen jeden Kampf der Arbeiter die Staatsgewalt eingesetzt.

„Partei und Gewerkschaften sind eins" als ein Grundsatz der SPD.-Politik bedeutet darüber hinaus die Erschwerung der Organisierung der christlichen Arbeiter in den freien Gewerkschaften, erleichtert den Politikern des Zentrums und anderer bürgerlicher Parteien die Erhaltung selbständiger Partei-Gewerkschaften.

Es erleichtert auch die Spaltungspolitik, die Ausschlußpolitik seitens besonders reaktionärer Führer, weil es in den Köpfen vieler guter Arbeiter eine vollständig falsche Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaften und der durchaus verschiedenen Rolle der politischen Partei schafft.

Es ist möglich eine Lösung zu finden. Sie kann natürlich nicht in der „politischen Neutralität" liegen. Diese ist unmöglich und stellt im Munde der rechten Führer nur einen Versuch dar, ihre arbeiterschädigende Politik zu verbergen.

Nur in der vollsten Anwendung der Demokratie in den Gewerkschaften kann die Lösung liegen. Darüber hinaus muß es auch möglich sein, die von den sozialdemokratischen Führern aufgerichtete Fraktionsdisziplin zu durchbrechen und ein Kampfbündnis mit solchen sozialdemokratischen Arbeitern zu schaffen, die es ehrlich mit den Interessen ihrer Klasse meinen.

Wir denken zum Beispiel an die Zehntausende sozialdemokratischer Arbeiter in Sachsen, die auf dem linken Flügel ihrer Partei stehen. Warum sollte es nicht möglich sein, mit ihnen in ein solches Verhältnis zu kommen, um einen gemeinsamen Kampf gegen die rechten Führer, die in ganz Sachsen die Gewerkschaften beherrschen, herbeizuführen? Wer wagt zu behaupten, daß diese Arbeiter, die auf den Ausschluß der 23 Abgeordneten aus ihrer Partei bestanden, nicht auch bereit sind, in den Gewerkschaften gegen die Burgfriedenspolitiker zu kämpfen? Wer will bezweifeln, daß die Beherrschung machtvoller Kartelle und Gewerkschaftsorganisationen durch Kommunisten und linke SPD.-Arbeiter der jetzt ungeteilt bestehenden Herrschaft der rechten Bürokraten vorzuziehen ist?

Es gibt eine Anzahl ultralinker Intellektueller, die mit großem Geschrei die Partei vor dem „opportunistischen Bündnis" warnen. Ihr Geschrei hat nichts zu tun mit dem ABC des Kommunismus. Ihr Geschrei hat nichts zu tun mit einer klaren Erkenntnis über die Rolle der Partei. Ihr Geschrei stellt lediglich ein Verwirrungsmanöver dar, in die die Partei durch die Anwendung einer solchen Taktik kommen könnte.

Wir aber sagen, ein Lippenbekenntnis zu der Parole „Heran an die Massen" ist schlimmer wie die offene Ablehnung. Die Arbeiterklasse verlangt von **ihrer** politischen Partei, von ihrer Avantgarde, eine klare und konkrete Antwort auf alle Probleme. Sie verlangt nicht Phrasen, sondern Handlungen; sie verlangt nicht die Rezitation der Losung „Heran an die Massen" von einigen ultralinken Schreihälsen, sondern die Schaffung einer einheitlichen Kampffront durch die KPD.

Wie groß auch immer die politischen und religiösen Gegensätze sein mögen, ein Grundsatz soll in den Kopf jedes deutschen Arbeiters und Angestellten eingehämmert werden: **Einheit der wirtschaftlichen Organisation.**

Innerhalb dieser Organisation kann und muß der Kampf um die Taktik und Probleme der Arbeiterbewegung im Rahmen der proletarischen Demokratie ausgefochten werden. So müssen wir auch vor den Mitgliedern der SPD. die Frage stellen. Wir müssen nicht nur das uns Trennende betonen, sondern auch vor allem nach den gemeinsamen Berührungspunkten im Leben und täglichen Kampf der Arbeiter suchen. Dann werden wir sehr bald die Grundlagen für ein deutsches Scarborough schaffen, das heißt, wir werden so große Kräfte in der Arbeiterbewegung entwickeln und unter unserer Führung zusammenballen, die die Politik der deutschen Gewerkschaften entscheidend ändern.

Viele unserer Genossen betonen in der Parteidiskussion, daß die deutschen Arbeiter eine andere Tradition als die englischen haben. Soweit das instinktive Klassenbewußtsein in Frage kommt, stehen die deutschen Arbeiter den englischen Arbeitern nicht nach. Die Rücksichtnahme auf die Interessen der „Wirtschaft", d. h. auf die der Kapitalisten bei den menschewistischen Führern ist in Deutschland nicht stärker entwickelt als in England.

Die Partei muß erkennen, bis zu ihrem letzten Mitglied erkennen, daß es sich nicht um eine isolierte, mit opportunistischen Fehlern verbundene Anwendung der Einheitsfronttaktik im „sächsischen Maßstabe" handelt. Es gilt vielmehr, die Taktik der KPD. in den großen Strom der welthistorischen Entwicklung einzufügen, ohne auch nur für einen Moment den Gedanken aufzugeben, daß das industrielle Deutschland nach wie vor das Durchbruchsgebiet für die proletarische Revolution in Westeuropa ist.

Ist es ein Zufall, daß die deutschen Gewerkschaftsführer eine Reise nach der anderen nach den Vereinigten Staaten machen? Gewiß nicht.

Was steckt dahinter? Erstens und hauptsächlich natürlich der Versuch, dem in der Bildung begriffenen festen Block der englisch-russischen Gewerkschaften einen Block der unter reaktionärer Führung stehenden Gewerkschaften Deutschlands und der Vereinigten Staaten entgegenzusetzen.

Darüber hinaus aber hängt die Politik der deutschen Gewerkschaftsführer auf das engste mit der westlichen Orientierung der deutschen Bourgeoisie zusammen. Die deutsche Bourgeoisie hat längst ihre selbständige Rolle aufgegeben. Das bedeutet aber nicht, daß nach Abschluß des Garantiepaktes die deutsche Regierung die Schwierigkeiten des britischen Imperiums nicht benutzen wird, um als Anhängsel der Vereinigten Staaten Konzessionen zu erlangen.

Die Westorientierung der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratischen Partei entspricht nicht den Interessen der proletarischen Massen. Wir können ihr in Deutschland die sich mächtig entwickelnde Sympathie für Sowjetrußland entgegenstellen. Diese Sympathie der deutschen Arbeiter entspringt denselben Wurzeln, die auch die englischen Arbeiter zu den großen Schritten der letzten Jahre bewegten. Jeder Arbeiter, der auch nur einen Funken instinktiven Klassenbewußtseins besitzt, wird durch den sich in Rußland vollziehenden Aufbau eines neuen Staats- und Wirtschaftssystems ganz selbstverständlich angezogen werden. Die KPD. beginnt erst jetzt, diesen in der Tiefe der Massen vor sich gehenden Prozeß zu erkennen. Die Ueberwindung der linken Abweichungen vom Bolschewismus in der Partei ist die Voraussetzung für Erfolge unserer Politik.

Ultralinke, mit den Problemen der Arbeiterbewegung nicht vertraute Politikanten und Professoren verwechseln ihr Geschrei mit der Politik der revolutionären Partei, ihre konfusen Deklamationen mit Leninismus.

Die Partei findet jetzt mit Hilfe der Exekutive der KI. die Kraft, diese linken Abweichungen zu korrigieren. Die Erfahrungen in der Anwendung der Einheitsfront-Taktik in und vor 1923, die Fehler, die damals gemacht wurden, werden uns gleichzeitig als Lehre dienen, unsere Politik und unsere Handlungen nicht abhängig zu machen von den unvermeidlichen Schwankungen im reformistischen Lager. Darum heran an die Massen mit ganz konkreten Schritten in der täglichen Arbeit. Ohne Zaudern, ohne Schwanken muß die Partei und jedes ihrer Mitglieder mit der Arbeiterbewegung verwurzelt werden.

Der Steinkohlenbergbau im August!

Das Antreibersystem blüht!

(Eig. Drahtb.) **Berlin, 24. September.**

Die Steinkohlenförderung ist im Ruhrbezirk im August gestiegen. Die Gesamtförderung stellte sich auf 8 591 Millionen Tonnen gegen 9,795 Millionen Tonnen im August 1913. Die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter hat sich infolge der Stillegungen im August auf 408 233 Mann gegen 423 440 Mann im Juli und 460 185 Mann im April vermindert. Im Jahre 1913 betrug die Gesamtarbeiterzahl durchschnittlich 428 806 Mann.

Auch in den übrigen deutschen Kohlenbezirken ist die Förderung im ganzen gestiegen. In West-Oberschlesien ist sie in Verbindung mit dem deutsch-polnischen Zollkrieg im August auf 1,332 Millionen Tonnen gegen 1,266 Millionen Tonnen im Juli in die Höhe gegangen. Dagegen ist der Absatz in West-Oberschlesien von 1,374 Millionen Tonnen im Juli auf 1,338 Millionen Tonnen im August gefallen.

Charakteristisch für die Kohlenförderung, für die ja das Ruhrgebiet maßgebend ist, ist der Umstand, daß trotz der Brotlosmachung von über 60 000 Arbeitern in fünf Monaten die Kohlenförderung nicht gefallen, sondern gestiegen ist. Das Antreibersystem blüht.

„Verbilligungsaktion"

Worte, nichts als Worte . . .

(Eig. Drahtb.) **Berlin, 24. September.**

Vor dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats sprachen der Reichswirtschaftsminister Neuhaus und der Minister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz zur Preissenkungsaktion der Reichsregierung. Neuhaus erklärte, daß die Regierung evtl. gezwungen sei, die Sätze des Zolltarifs auf der ihr erteilten Ermächtigung zu schenken. Kanitz meinte, auf die Landwirtschaft könne auf die Art, wie es gegenüber der Industrie möglich sei, nicht eingegriffen werden, da der Nahrungsmittelhandel und die Landwirtschaft nicht in größeren Kartellen zusammengeschlossen sei. Die Einwirkung zur Senkung der Preise müsse daher von örtlichen Stellen den Kommunen und der Partei ausgehen. (Polizeiaktionen gegen den Kleinhandel). Weiter zog er die amtlichen Indexziffern an, um nachzuweisen, daß die Preissenkungsaktion der Regierung bereits Erfolge zeitige. Beim Fleisch müsse noch auf die Ladenpreise mit allen Mitteln gedrückt werden. Diese Aktion könne von den Hausfrauen unterstützt werden, wenn sie sich insbesondere einer entsprechenden Zurückhaltung gegenüber erhöhten Preisen befleißigen würden. Mit der Margarineindustrie sei das Ministerium in Verbindung getreten und habe erreicht, daß die bisher übliche Bindung des Kleinhandels an bestimmte Verkaufspreise fallen gelassen werde. Der Zuckerpreis habe sich bereits wesentlich gesenkt. Ein wesentliches Mittel zur Erreichung der Preissenkung läge in der Aufklärung des Publikums.

Wenn auch von heute auf morgen keine durchschlagenden Erfolge zu erzielen seien, so würde die Regierung ihren „Kampf" fortsetzen gegen die Teuerung. Der wirtschaftspolitische Ausschuß setzte dann eine sechsgliedrige Kommission ein, die die Produktionsbedingungen der Wirtschaft untersuchen soll.

„Nationales" Gesindel

Zu den Schiebergeschäften derer von Carlowitz, Zitzewitz & Co.

(Eig. Drahtber.) **Berlin, 23. September.**

Vor dem großen Schöffengericht hat ein Prozeß gegen die Direktoren der Landespfandbriefanstalt und gegen feudale Strauchritter begonnen. Dieses Mal handelt es sich nicht um galizische Juden, wie Kutisker, Barmat und Kumpanei, sondern um eine ganz besonders saubere Zunft; um Ritter von Schrot und Korn, um die „Edelsten" der Nation, um die von Carlowitz, von Eybdorf, von Karstedt, von Zitzewitz und Konsorten. Diese „weißen Juden", Schildknappen der Hindenburgbourgeoisie haben mit korrumpierten „hohen" Beamten die Landespfandbriefanstalt um erhebliche Summen betrogen. Millionen, die für gemeinnützige Zwecke, namentlich zur Förderung des Siedlungswesens bestimmt gewesen sind, hat diese echt arische Gesellschaft der Carlowitze und Co. in Grundstücksspekulationen und in „Gesellschaft von Herren und Damen" verjuxt.

Der Prozeß wird voraussichtlich vier Wochen dauern. Es besteht die begründete Aussicht, daß noch allerhand duftende Blasen aus diesem aufgestocherten Sumpf emporsteigen werden. Der Klassenjustiz ist nicht zuzutrauen, daß sie diese feudale Verbrechergesellschaft scharf anfassen wird. Man wird auch in diesem Prozeß nach dem alten Brauch verfahren: kleine Diebe hängt man, große Diebe läßt man laufen! Die verfaulende kapitalistische Gesellschaft wird bestimmt noch mehr solcher Sumpfblüten treiben.

Nach Barmat-Kutisker-Höfle ein Carlowitz-Eybdorf-Zitzewitz! Jedem das Seine!

Die Arbeiterschaft ist sich dessen bewußt, daß die Barmat-Zitzewitze nicht nur Einzelerscheinungen sind, daß die kapitalistische Klassenjustiz weder gewillt, noch in der Lage ist, den gesamten kapitalistischen Korruptionssumpf trocken zu legen.

In Rußland schickt man Schieber nach Sibirien, in Deutschland — in ein Sanatorium. Es wird einmal der proletarischen Justiz vorbehalten sein, den gesamten kapitalistischen Saustall mit eisernem Besen auszukehren.

Englische, amerikanische Kredite an Deutschland?

Der „Daily Telegraph" meldet unter dem 11. September, daß in London augenblicklich wichtige Verhandlungen über die Erteilung sehr bedeutender englisch-amerikanischer Kredite in Deutschland stattfinden. An der Konferenz nahmen teil der Gouverneur der Bank von England, der Gouverneur der American Federal Reserve Board, der Reichspräsident, Dr. Schacht und der Generalkommissar für Reparationszahlungen, Parker Gilbert.

Der Großhandels-Index der letzten Woche

Der Großhandelsindex für die Woche vom 6. bis 12. 9. 1925 ist insgesamt um 0,7 Prozent gestiegen; besonders erhöht haben sich die Preise für Lebens-, Futter- und Genußmittel, die insgesamt eine Steigerung um 1,2 Prozent erfuhren. Am stärksten gestiegen sind die Preise für Gerste, Hafer, Kartoffeln, Fleisch und Heringe. Es ist zu erwarten, daß sich die Preiserhöhung für diese wichtigen Artikel in kurzer Zeit auch im Kleinhandel auswirken werden. Die Unterlagen für diese Berechnung sind ermittelt aus den Börsennotierungen der einzelnen Lebensmittel sowie den Geschäften im Großhandel. Es läßt einen Schluß auf die Berechnungen des Reichsamtes zu, wenn man bemerkt, daß der amtliche Großhandelsindex für die gleiche Zeit nur um 0,1 Prozent gestiegen ist. Während der amtliche Großhandelsindex von Juni bis 9. 9. um über sechs Prozent gesunken ist, und zwar von 133,8 Prozent auf 127,6 Prozent, ist in der gleichen Zeit der wie oben errechnete Großhandelsindex von 141,6 Prozent auf 144,2 Prozent, also um 1,4 Prozent gestiegen. In der kurzen Zeit von 2½ Monaten ist also der nachweisbare Fehler im Großhandelsindex 7,6 Prozent.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

TASCHKENT
DIE BROTREICHE STADT
ALEXANDER NEWEROW

28 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

Mischka und Trofim hatten es leichter als die anderen. Sie hatten schon gegessen, getrunken. Waren ausgeruht. Jeder trug in der Tasche ein großes Stück von dem Rest des Brotes, der übriggeblieben war. Manchmal steckte sich Mischka verstohlen ein kleines Stückchen Brot in den Mund, sagte flüsternd zu Trofim:

„Wir haben's gut! Was?"

„Wir schaffen es schon!" beruhigte Trofim. „Man darf sich nur nicht fürchten . . ."

Der Greis ging, die linke Seite vorgeschoben, und schleppte kaum die steifen Füße nach. Auf einem Hügel atmete er tief aus den staubigen Nüstern aus, lächelte schwach mit den strahlenden, gütigen Augen, bekreuzigte sich im Anblick der Abendröte, die über der Steppe schwamm.

„Halt, Kinder, es geht nicht weiter!"

Die Steppe begann vor den erstaunten Augen zu schwanken, zu schwimmen, die Klettenpflanzen begannen auch zu schwanken, die Telegraphenstangen zu kreisen vor den verwunderten Augen, der Telegraphendraht summte noch stärker in die Ohren.

„Halt, Kinder, weiter schaff ich's nicht!"

Der Greis spreizte die Beine, setzte sich auf den trockenen, heißen Boden.

Der Soldat setzte sich neben ihm hin, umklammerte mit beiden Händen sein Holzbein.

Sidor und Jermolaj setzten sich auch hin. Petro warf plötzlich den Wanderstab von sich:

„He, du Straße, du unendliche, du unser langer Weg!"

Er fand in der Tasche einige Tabakreste, schluckte absichtlich den scharfen, stechenden Rauch, um die leeren, hungrigen Gedärme zu beruhigen. Nach drei Zügen wurde er schwindlig, breitete die Arme aus, fiel auf den Rücken. Sidor und Jermolaj saßen, den Kopf auf die hochgezogenen Knie gestützt, die Frauen und das kleinste Mädchen lagen ausgestreckt. Der Greis rollte sich in ein Knäuel zusammen, stützte den Kopf auf die Faust. Der Soldat betrachtete seinen Holzfuß, sagte mit dumpfer, gleichgültiger, toter Stimme:

„Wir sind verloren!"

Mischka sah ängstlich auf die Bauern, die mitten auf dem Wege hingefallen waren, sah in die Steppe ohne Menschen, ohne Häuser, sein Herz zog sich zusammen. Ist die Station nahe, ist's gut. Wenn es aber noch vierzig Werst bis dahin sind? Er brach, die Hand in der Tasche, ein kleines Stückchen Brot ab, steckte es in den Mund, um die aufsteigende Unruhe zu betäuben. Der Soldat schaute auf Mischkas Tasche mit hungrigen Augen.

„Hast du Brot?"

Mischka sah Trofim an.

Trofim sagte träge, ohne die Fassung zu verlieren:

„Woher denn Brot, er kaut Lehm!"

Der Greis rührte sich. Sidor und Jermolaj hoben die Köpfe, die Frauen und das Mädchen warfen sehnsüchtige Blicke herüber. Einige Sekunden lang saß der hungrige Menschenhaufen in aufgeregtem Halbkreise da, mit gespitzten Ohren. Hat der Wind dies erstaunliche Wort herangeweht, oder hat es die Erde dem zermarterten Körper zugeflüstert?

„Wo ist Brot?" fragt Petro.

Der Soldat zeigt auf Mischka.

„Dieser Mann hat Brot."

Mischka erhob sich erschrocken, bereit, um [illegible] Freude auf Tod und Leben zu kämpfen, seine Augen blitzten auf wie die eines kleines Raubtieres, das man aus seiner Höhle hervorgezogen hat. Plötzlich erhob sich auch Trofim, nahm den Kameraden an der Hand:

„Gehn wir! Wir kennen den Weg!"

Mischka und Trofim machten einige Schritte zurück, blieben dann stehen, wandten die unruhigen Augen nicht von den Bauern ab. Die Bauern betrachteten sie nachdenklich, als bereiteten sie sich zum Angriff vor.

Hinter ihren Rücken zeigte sich Rauch.

Im Abendrot hob sich scharf der Körper eines langgestreckten Zuges ab, die Achsen der Lokomotive blitzten kurz auf.

„Er kommt!" rief Petro. „Er kommt hierher!"

Vom fernen Anblick des Zuges wieder aufgewühlt, beschlossen die Bauern, auf einem kleinen Hügel auf ihn zu warten. Man beschloß, sich an die Trittbretter anzuklammern, an die hinteren Puffer sich anzuhängen, um ja nicht die Nacht mitten in dieser schrecklichen Steppenstille zu verbringen.

Traurig befühlte der Soldat sein Holzbein.

„Ich krieg's nicht fertig, Genossen!"

Eine der Frauen freute sich, daß der Soldat nicht aufspringen wollte, sagte schüchtern:

„Springt nicht, Bauern, ihr zerschlagt euch auf den Tod."

Niemand antwortete ihr. Sie aber, entsetzt von dem Gedanken, allein in der Steppe zu bleiben, flehte Gott an, daß der Soldat doch nicht aufspringen möchte, daß die Bauern alle zusammenbleiben möchten.

Der Zug nahm eine scharfe Kurve, kam näher. Flink arbeitete die Lokomotive mit den stählernen Ellenbogen, der Schornstein puffte durch seinen schwarzen, großen Mund. Zart schmolz weißer Dampf in der Luft.

Petro beugte sich zu dem Alten:

„Großvater, der Zug kommt! Stehst du auf?"

Trofim belehrte Mischka streng:

„Wenn du dich anklammerst, stell dich mit dem Gesicht zur Lokomotive, daß dich der Wind nicht runterwirft!"

„Springst du mit mir auf?"

„Ich springe, wie's gerade kommt. Bin geschickter als du."

Der Zug kam. Auf dem Hügel verlangsamte er etwas sein Tempo. Die Lokomotive prustete, das steilstirnige, eiserne Pferd schaute die versammelten Menschen mit dem hellen Licht ihrer Vorderlaternen an. Heißer Dampf, den der Maschinist ablaufen ließ, zischte, warf die Frau mit dem kleinen Mädchen hin, schleuderte den Alten den Hügel hinunter. Mischka hörte wie im Traum Trofims Stimme:

„Spring rauf!"

Und wieder wie im Traum sah er das ihm entgegeneilende Trittbrett des grünen Wagens, streckte die Hände vor, schrie laut, besinnungslos:

„Onkelchen!"

Vor ihm flitzte Trofims Kopf vorbei. In der Luft baumelten Trofims Beine. Als Mischka gewahr wurde, daß es Trofim gelungen war, aufzuspringen, spannte er seine Bauernkraft, die tief in seinem kleinen Körper verborgen lag, wie eine riesenhafte Feder und warf ihn nach vorne. Ein Trittbrett lief vorbei. Ein anderes. Menschen lehnten aus den Wagenfenstern, und alle sahen auf den längs des Zuges rennenden kleinen Jungen in breiten Bastschuhen, schrien ihm etwas zu. Er aber weitete schwer atmend die heißen Nüstern, wollte schon auf das letzte Trittbrett springen, aber eine unsichtbare Gewalt riß ihn von der Erde, warf ihn um, zerdrückte ihn, schleuderte ihn in ein tiefes, schwarzes Loch . . .

(Fortsetzung folgt.)

Raubbau der Weltimperialisten im chinesischen Bergbau

Von Tang Shin She.

China ist auf der einen Seite ein riesiger Absatzmarkt, auf der anderen Seite eine große Rohstoffquelle für die Weltimperialisten. Als Rohstoffe kommen hauptsächlich Eisen und Kohle in Betracht. Man hat geschätzt, daß allein die Kohlenlager einer einzigen chinesischen Provinz, der Provinz Schansi, ausreichen würden, um die ganze Welt für 2000 Jahre mit Kohle zu versorgen. Die Eisenerzlager sind geringer als die Kohlenlager, es liegen aber keine Schätzungen hierüber vor. Wir wissen nur, daß allein die Eisenerzlager einer einzigen chinesischen Gesellschaft, des Han Ye Ping-Konzerns, 86 Millionen Tonnen betragen sollen. Nach Kohle und Eisenerz verfügt China über reiche Antimon-Lager. Im letzten Jahrzehnt hat China allein davon die Hälfte der Weltproduktion aufgebracht.

Es gibt in China verschiedene Formen der Kapitalsbeteiligungen an Bergwerken. Teils sind die Werke staatlich, teils privat, teils sind staatliches und Privatkapital gemeinsam beteiligt, teils gehören sie den Ausländern und teils Ausländern und Chinesen gemeinsam. Staatliche Bergwerke gibt es 31, von denen jedes im Höchstfalle über eine Million chinesische Dollar Kapital verfügt. Bergwerke mit staatlichem und privatem Kapital gemischt, sind 76 vorhanden, von denen im größten fünf Millionen, im kleinsten nur eintausend Dollar stecken. Rein private Bergwerke zählt man 23, mit einem Höchstkapital von 30 000 Dollar. (Neben diesen modernen Bergwerken gibt es noch zahlreiche alten Systems.)

Solche Bergwerke, die mit ausländischem Kapital arbeiten, wurden den Fremden zum Teil konzessioniert, zum Teil waren die Ausländer auf Grund von Verträgen zugelassen worden und zum Teil sind es rein private Verbindungen. In ganz China gibt es vier konzessionierte Bergwerke; davon gehören drei der japanischen mandschurischen Eisenbahngesellschaft und das eine der russischen ostchinesischen Eisenbahn. Mit fremdem Kapital auf Grund von Verträgen arbeitende Bergwerke gibt es 23, wovon auf Japan 18, auf England 3, auf Deutschland und auf Belgien je 1 entfallen. Von den englischen sind zwei Kohlenbergwerke sehr bekannt, das eine in Honan, das 1 297 000 Tonnen jährlich fördert. (Augenblicklich sind beide Bergwerke vom Streik betroffen.) Unter den japanischen Bergwerken befinden sich drei, die ehemals Deutschland zur Kiautschou-Tsinan-Eisenbahnlinie konzessioniert waren. Die Förderung aller drei zusammen beträgt jährlich 758 000 Tonnen. Ausländisch-chinesisch-privatkapitalistische Bergwerke gibt es 22, darunter 15 mit japanischem Kapital, vier mit russischem und drei mit englischem.

Die Ausländer sind im Besitz der bestausgebauten Bergwerke. Während das englisch-chinesische Vertragskohlenbergwerk Kai Loan in Chili, wie schon gesagt, vier Millionen Tonnen Kohle jährlich fördert, bringt das beste chinesische Kohlenbergwerk (zum Han Ye Ping-Konzern gehörig) nur 790 000 Tonnen Tonnen und das beste Eisenerzbergwerk desselben Konzerns 824 000 Tonnen jährlich hervor.

Außer dieser Ueberfremdung des Bergbaues haben auch rein chinesische staatliche und private Bergwerke bei Ausländern Kredite aufgenommen. So beläuft sich der Kredit des größten chinesischen Eisen- und Kohlenkonzerns: Han Ye Ping bei Japan auf 34 Millionen chinesische Dollar. Das ganze Betriebskapital beträgt hingegen nur 20 Millionen. Daher verlangt Japan in seinen 21 Forderungen, daß China Bergwerke dieses Konzerns niemals anderen Ländern überlassen dürfe. Vertraglich sind Japan wegen seiner Kredite acht Millionen Tonnen Eisenerz zu dem festgesetzten Preise von drei chinesischen Dollar (!) pro Tonne zur Lieferung innerhalb von 40 Jahren (1920 bis 1960) zugesichert worden. So muß der Han Ye Ping-Konzern jährlich 54 Prozent seiner Eisenerzprodukte an Japan abliefern. Im Konzern selbst macht sich dadurch ein großer Erzmangel bemerkbar. Viele Hütten und Kohlenbergwerke mußten aus diesem Grunde stillgelegt werden. Die Krise innerhalb des Konzerns wird von Tag zu Tag schwieriger; er steht nahe vor dem Bankerott. In nicht allzu ferner Zeit wird sich Japan ganz in den Besitz der Han Ye Ping-Werke setzen können. — Auch den Antimonwerken in Hunan haben die Japaner große Kredite eingeräumt.

Der Inselstaat Japan verfügt nicht über viele Kohlen- und Erzlager. Wenn er also seine Industrie entwickeln will, muß er sich an den Kontinent halten. China und Korea hat er zu seinen Raubobjekten ausersehen. Von China gehen jährlich 600 000 Tonnen Eisenerze und drei Millionen Tonnen Kohle nach Japan.

Aber nicht allein Japaner und Engländer unternehmen Raubzüge auf chinesische Bergwerke in der Mandschurei, in Nordchina und im Yangtse-Kiang-Gebiet; auch die Franzosen tun so, besonders in Yünnan, wo sie es auf Kupferbergwerke abgesehen haben. Die Japaner versuchen jetzt in der Mongolei Bergwerke für sich zu gewinnen. Rockefeller konkurriert besonders mit der englischen „Asiatischen Petroleum-Company" um Petroleumfelder.

Der Streik von Zehntausenden chinesischen Bergarbeitern, der vor kurzem in den hauptsächlichsten Bergwerken der ausländischen Kapitalisten ausgebrochen ist, zeigt, daß das Gesamtproletariat Chinas immer mehr die Notwendigkeit des Befreiungskampfes begreift.

*

Die chinesischen Bergarbeiter wehren sich

Das französische kommunistische Zentralorgan, die „Humanité", läßt sich aus Peking melden: In den bedeutenden Bergwerken Chinas ist im Gebiet von Kai-Loin, die 40 000 Arbeiter beschäftigen, ein Streik ausgebrochen. Diese Gruben gehören einer englisch-chinesischen Gesellschaft, die jährlich rund 10 Millionen Dollars verdiene. Nach den Ereignissen in Schanghai hätten die Bergleute sich zu organisieren begonnen, worauf General Tschangtsolin auf Drängen der englischen Gesellschafter die Gewerkschaftsführer verhaften und später vor einem Kriegsgericht aburteilen ließ. Darauf stellten die Arbeiter die Arbeit zum Zeichen des Protestes ein. Sie haben ein Programm ausgearbeitet, das folgende Forderungen enthält: Erhöhung der Löhne, Anerkennung der Gewerkschaften, Abschaffung der körperlichen Strafen. Die Streikbewegung soll sich gegenwärtig noch ausdehnen. General Tschangtsolin hat nach dem Aufstandsgebiet Militär entsandt.

Vor einem neuen Mossulkrieg?

Wie der Völkerbund die Welt „befriedet"

Die Entscheidung des Völkerbundes über die Mossulfrage fiel so aus, daß der Völkerbund — keine Entscheidung traf. Entgegen dem englischen Drängen, ist es den französischen Intrigen gelungen, die Entscheidung auf die lange Bank zu schieben, zu vertagen. Es soll erst der Haager Gerichtshof über irgendwelche formaljuristische Fragen befragt werden. Da England dringend gefordert hat, daß das Mossulgebiet ihm zugesprochen werde, bedeutet diese Entscheidung eine empfindliche Schlappe des englischen Imperialismus, die ihm von Frankreich, noch mehr aber von der jungen, siegreichen Türkei beigebracht wurde.

Ueber diese Völkerbundsentscheidung, die die Frage zum Zweck weiterer Schachergeschäfte offen läßt, äußert sich die englische Regierungspresse in außerordentlich scharfer Weise und verrät dabei zwischen den Schimpfreden manche Geheimnisse der englischen Diplomatie, die in „normalen" Diskussionen nicht ausgeplappert werden. Durch alle diese Ausführungen klingt die sehr bestimmte englische Drohung, nötigenfalls einen neuen Feldzug gegen die Türkei anzufangen. Was für England auf dem Spiele steht, sagt die „Times" ziemlich ungeschminkt: das englische Ansehen im nahen Osten wird gründlich erschüttert, der englische Handel im Irakgebiet ist bedroht und auch die Ausbeutung nicht nur der türkischen Oelfelder des Mossul-Gebiets, sondern auch die von Südpersien seien gefährdet. Von diesen Oelfeldern hängt aber die Tätigkeit der englischen Flotte in erheblichem Maße ab. Ein anderes Regierungsorgan befürchtet, daß durch die Festigung des türkischen Einflusses die Verbindung mit Indien gelöst werden könnte.

Nach der Aufzählung dieser Interessen, die auf dem Spiele stehen, ist es wohl begreiflich, wenn der englische Räuber mit dem Gedanken eines Krieges spielt. Von Bedeutung ist, daß dieser Völkerbundsbeschluß die englisch-französischen Gegensätze natürlicherweise sehr verschärft hat. Der Ton, in dem die englische Regierungspresse nach diesem ihr unangenehmen Beschluß über den Völkerbund spricht, ist sehr lehrreich, weil er zeigt, daß jede Macht auf Beschlüsse pfeift, wenn sie die Kraft hat, sich ihnen entgegenzusetzen. So spricht „Daily Mail" von einer schmählichen Haltung des Völkerbundes und den heraufbeschworenen Gefahren eines Krieges. Alle englischen Zeitungen betonen, daß England an diesen „schändlichen Beschluß" natürlich nicht gebunden sei, sondern seine Aktionsfreiheit behaupten werde.

NB.: Die deutschnationale Presse stellt wehmütige Vergleiche zwischen den deutschfeindlichen Beschlüssen des Völkerbunds in der Danziger Frage und der Berücksichtigung der türkischen Wünsche in der Mossulfrage an und kommt zu dem Schluß, daß die Türkei ihre Wünsche durchsetzen könne, „weil sie über ein Heer und über eine eifersüchtige vaterländische Parlamentsmehrheit verfügt". Das ist aber nur die eine Hälfte der Wahrheit. Die andere wollen die deutschen Nationalisten nicht sagen, und das ist die: die neue Türkei konnte sich bei den imperialistischen Räubern Respekt verschaffen, weil sie durch eine gründliche, tiefgehende Revolution (dort stand vorerst die bürgerliche Revolution gegen die feudale Monarchie an der Tagesordnung) die nationalen Kräfte „weckte" und sammelte. Diese Revolution wurde aber konsequent und bis zu Ende geführt, davon zeugen auch die reaktionären Monarchistenhäuptlinge, die an den türkischen Galgen baumeln. Diese Vorbedingungen revolutionärer nationaler Wiedergeburt (in Deutschland steht die proletarische Revolution an der Tagesordnung) wollen unsere Nationalisten nicht wahr haben. Und die neue Türkei sucht auch keine „westliche Orientierung", sondern weiß — trotz mancher Rückschläge, die sie teuer bezahlt — die Freundschaft der mächtigen Sowjetunion wohl zu schätzen. Da sind die Wurzeln türkischer Erfolge — und deutscher Ohnmacht — zu suchen!

*

Düstere Vorahnungen

Der bekannte englische Publizist Philipp Gibbs schreibt in den „Sunday Times": „Geht es mit England zu Ende? Das ist die schreckliche Frage, die man nur zögernd niederschreibt. Mein Optimismus nimmt seit Kriegsende immer mehr ab. Ich habe niemals Vertrauen zu den goldenen Versprechungen auf deutsche Reparationen gehabt. Die Regierenden Großbritanniens, die Liberalen, die Labour-Party und die Konservativen haben das Vertrauen der Bürger auf eine harte Probe gestellt. England hat im Orient neue Mandate übernommen, ohne sich über die Folgen klar zu sein. Wir sind zum Goldstandard zurückgekehrt, ohne uns über die wirtschaftlichen Rückwirkungen dieser Maßnahme auf unseren Handel Sorge zu machen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nicht gebessert. Dem ahnungslosen Volk verheimlicht man jedoch diese Gefahren. Der kürzliche Kongreß der Trade Union, der offen auf eine revolutionäre Aktion hinarbeite, hat die Hoffnungen der Engländer aufs stärkste erschüttert. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die von dem Kongreß angenommenen Beschlüsse weitgehende Wirkungen haben werden." — Gibbs warnt davor, durch Lohnherabsetzungen und Aussperrungen die Arbeiter auf die Knie zwingen zu wollen.

Neue Niederlage der Spanier in Marokko

Ueber den Stand der spanischen Landungsarmee in Marokko wird gemeldet:

London, 23. September. „Daily News" berichten aus Madrid: Die spanischen Truppen bei Cebadilla haben am Dienstag nach heftigem Abwehrkampf eine große Offensive gegen Alschdir begonnen, aber bei diesem ersten Versuche, von der Küste aus die Rifleute anzugreifen, eine Niederlage erlitten. Am Dienstagmorgen hätten die auf der Halbinsel Moro Nuevo stehenden spanischen Streitkräfte die Offensive eröffnet durch einen Angriff auf die Stellung der Rifleute auf dem Malmusi-Berg. Als die vorrückenden Kolonnen dem Ziel bereits nahe waren, seien sie durch heftiges Artillerie- und Maschinengewehrfeuer überschüttet worden, durch das sie sehr schwere Verluste erlitten. Schließlich seien die Truppen genötigt gewesen, sich auf ihren Stützpunkt zurückzuziehen.

„Daily Telegraph" berichtet aus Tanger: In amtlichen Kreisen in Tetuan habe man Besorgnis um die in der Bucht von Cebadilla gelandeten spanischen Truppen. Das Gewehr- und Geschützfeuer auf die spanischen Stellungen sei stärker geworden. Jeden Tag treffe ein Hospitalschiff mit Verwundeten in Melilla ein.

Die französische Fron

Paris, 23. September.

Aus Marokko wird gemeldet: Die Kabylen haben ihre Verteidigungslinie weiter nach Norden verlegt. Die neue Verteidigungslinie der Kabylen liege acht Kilometer nördlich Amsch; die Rifleute haben dorthin starke Truppen entsandt.

Der Innenminister hat die Rekrutierung von 1200 Reitern in Algerien genehmigt, die zu mehreren Eingeborenen-Reiterabteilungen zusammengestellt und unter dem Kommando des Generals de Jouchay, des Führers der Kavallerie in Algerien, kämpfen sollen.

Der Kampf in Syrien geht weiter

Paris, 23. September.

Ueber die letzten Kämpfe bei Msifra geben die Franzosen nunmehr zu, daß sie vierzig Tote und achtzig Verwundete hatten.

Der „Chicago Tribune" zufolge hat Sultan El Atrasch einen allgemeinen Mobilisierungsplan für alle Drusen von 16 bis 60 Jahren erlassen, um auf diese Weise die Lücken aufzufüllen, die er durch die blutige Niederlage bei Msifra erlitten hat.

Rußland und die deutsche Textilausfuhr

Ueber das weiterhin sehr unsichere Geschäft der Textilindustrie berichtet der Konfektionär: „Abgesehen von der Chemnitzer Strumpfindustrie vermögen fast alle Textilzweige infolge der inneren Belastung auch heute noch nicht mit dem Ausland in Wettbewerb zu treten. Wenn in der letzten Zeit auch in manchen deutschen Bezirken über besseren Auslandsabsatz berichtet wird, so darf man nicht vergessen, daß dies zum guten Teil die Käufe Rußlands sind, die bei der großen Warennot dieses Landes jetzt in Deutschland vorgenommen werden. Die allgemeine Ausfuhr, wie sie vor dem Kriege vorhanden war, fehlt fast noch überall."

Die Arbeiterfrage in Indien

Nach den Berichten eines amerikanischen Missionars, Sherwood, leben neun Zehntel der indischen Bevölkerung als Kleinbauern verstreut in 737 000 Dörfern. Zwei Millionen Arbeiter stehen in Kleinbetrieben mit unter 20 Arbeitern. Zwei Millionen arbeiten in industriellen Großbetrieben und in den Bergwerken; 2,4 Millionen im Verkehrswesen; Indien besitzt etwa 80 000 Kilometer Schienenlänge, ebensoviel wie etwa das europäische Rußland. Seine Kohlenförderung beträgt zwei Millionen Tonnen, mehr als China und ungefähr ebensoviel als Japan fördert. 825 000 Arbeiter sind in den verschiedenen Unternehmungen des Privathandels tätig. Die Gesamtzahl der Proletarier beläuft sich demnach auf acht Millionen.

Der durchschnittliche Tagesverdienst beträgt 20 bis 56 Pfg. für Erwachsene. Die Kinderarbeit bringt es mit sich, daß 57 Prozent der Arbeiterkinder sterben, zum Teil auch wegen der furchtbaren Arbeits- und Lebensbedingungen der Eltern. Die Sterblichkeit der Kinder in England beträgt auf 1000 — 83, in Indien auf 1000 — 570. Die Arbeiterinnen schläfern ihre Kinder mit Opium ein, um sie zu stillen. Dabei werden 90 Prozent vergiftet. Die Kindersterblichkeit in Bombay beträgt pro Tausend 663 im ersten Lebensjahre.

Die Textilbetriebe in Bombay haben 1921 bei einem von 160 Millionen Mark — 170 Prozent Profit abgeworfen; 1922 — 125 Prozent. Es bestehen keinerlei sanitäre Einrichtungen, sowie ein Verbot gewerkschaftlicher Organisationen. Die Zeitschrift „Kapital" vom 15. Februar 1923 beziffert die Profite der sechs größten englischen Textilfabriken in Bombay auf 100 Prozent als niedrigsten und 230 Prozent als höchsten Satz, den Dividendensatz als niedrigsten mit 200 als höchsten mit 420 Prozent. 1921 haben sich in Indien 341 Streiks abgespielt. Der Kampf gegen das Analphabetentum wird durch die Lohnverhältnisse ungeheuer erschwert. Von 30 Millionen Kindern besuchen lediglich 8½ Millionen die Schule; davon verlernen 40 Prozent nach dem Besuch der Schule wieder Lesen und Schreiben. Die Fabrikgesetzgebung gestattet seit 1921 „nur" den Elfstundentag für Erwachsene und den Sechsstundentag für Kinder von 12 bis 15 Jahren. Infolge des Fehlens der Gewerkschaften ist es den Arbeitern unmöglich, selbst die Rechte zu behaupten, die ihnen diese Fabrikgesetzgebung einräumt, so daß faktisch 14 Stunden gearbeitet werden. Von den acht Millionen Proletariern sind nur 200000 gewerkschaftlich organisiert.

Amerikas Furcht vor den Kommunisten!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 23. September.

Nach einer Meldung aus Neuyork haben die juristischen Ratgeber der Washingtoner Regierung bezüglich des Falles des britischen kommunistischen Parlamentsmitgliedes Saklatvala das Gutachten abgegeben,

daß kein Kommunist nach den Vereinigten Staaten zugelassen werden könne

und daß alle ausländischen Kommunisten abgeschoben werden sollten. Der Arbeitssekretär Davis kündigt an, daß die Vereinigten Staaten alle fremden Kommunisten, die in den Vereinigten Staaten wohnen, so schnell wie möglich ausweisen werden, da sie offen gegen die Staatsgewalt kämpften und nach dem Manifest der Dritten Internationale den bürgerlichen Staat zerstören wollten. Die Gesetze der Vereinigten Staaten machten diese Ausweisung zur Pflicht.

Rotes Kartell! Sitzung der gesamten Fraktions-Vorstände Freitag, abends 8 Uhr im Sekretariat, Trebe

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:
Riquette

Suche ein
grosses Zimmer
Offerten unter **G. 100** an Exp. Schles. Arbeiter-Zeitg.

Allen Arbeiter-Gesangvereinen
empfehle die Kompositionen von
P. H. Ortmann
Soeben erschien **Auferstehung** (gem. Chor)
Man verlange Partituren zur Ansicht.
Zu beziehen durch den Verlag der freien Sängergemeinschaft Deutschlands.
Paul Mittau, Düsseldorf
Siegstraße 15.

Einmaliges Angebot!
Holländischer Rauchtabak
Kanaster
100 g-Paket . **0.20 Mk.**
250 g-Paket . **0.50 Mk.**
Verkauf nur solange Vorrat
Leopold Siedner, Antonienstraße 8

Liebich-Theater
Täglich 8 Uhr
Der
Sensations-Erfolg
des
Eröffnungs-Programms

Heim-arbeit
Bilderrähmchen-kleben (100 St. 3 Mk.) wird überallhin vergeben. Angebote mit Rückporto an
Oswald Klein
Chemnitz i. Sachsen
Martinstraße 2

Krätzurgan
beseit. schnell, sauber mild, unschädlich Jucken und fast alle Hautleid. 1000 000 f. bewährt. Pack 1,50.
Naschmarkt-Apotheke
Ring 44
Auch Versand.

Wochenspielplan
von Montag, den 21. bis Montag, den 28. September
Lobetheater
Montag, den 21. bis Montag, den 28. Septbr. abends 8 Uhr — **„Der Kreidekreis"** Spiel nach dem Chinesischen von Klabund
Thaliatheater
Montag, den 21. bis Donnerstag, den 24. Septbr. abends 8 Uhr — **„Der dreizehnte Stuhl"** Kriminalstück von Bayard Veiller
Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. Septbr. abends 8 Uhr — Gastspiel Dr. Paul Baratoff in **„Der Gott der Rache"** Drama von Schalom Asch
Sonntag, den 27. und Montag, den 28. September abends 8 Uhr — **„Der dreizehnte Stuhl"** Kriminalstück von Bayard Veiller

Schuh-Herz
Blücherplatz 4

Weiteste Verbreitung
muß durch Hauskolportage finden
Der Knüppel
Preis pro Exemplar 20 Pf.
Arbeiter-Illustrierte Zeitung
Preis pro Exemplar 20 Pf.
Propaganda-Nummern für planmäßige Arbeit zur Abonnentengewinnung stehen gratis zur Verfügung.
Literatur-Obleute wenden sich sofort an die
Proletarische Literaturvertriebsstelle Schlesien
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Str. 50
Abteilung:
Buchdruckerei
Wir stellen her bei billigster Berechnung
Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Flugblätter
kurz alle Drucksachen für
Private, Vereine und Behörden

Furunkulose
Flechten Ausschlag
Leidende verlangt Gratisauskunft.
Viele Dankschreiben vorhanden
Rud. Rinne
Sassnitz F. 806

Edo Fimmen:
Weltlage u. Proletariat
Referat über die internationale Lage und die Gewerkschaften
Broschiert — **Preis nur 20 Pfg.** 32 Seiten
Zu beziehen:
Proletarische Literaturvertriebsstelle Schlesien
Max Zschocher, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50
MASSEN-VERTRIEB IM BETRIEB

Schlesische Wäschefabrik
Ullrich & Krause
Dickhuthstraße Nr. 2
schräg über der Lutherkirche
liefert **Bett-, Leib- und Tischwäsche** reell u. billig

Leser!
die den letzthin abgedruckten Roman
„Ein Arbeitermädel"
von **Otto Müller Glösa**
in Buchform besitzen möchten, wollen sich per Postkarte an den unterzeichneten Verlag wenden.
Wer den Roman bis **31. Aug.** bestellt, erhält ihn zum **Vorzugspreis von 2 Mark** nach Fertigstellung der Buchausgabe etwa Ende September.
KALMEAUSER VERLAG RAUNHEIM/MAIN

Genossen! Werbt neue Leser!

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.

SINGER
Elektrische Haushaltungs-Nähmaschinen
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Singer-Läden überall

Sehr vorteilhaftes Einkaufshaus
für Damen- und Kinder-Bekleidung
Auf Wunsch Maßanfertigung
Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleider, Blusen
Wäsche, Trikotagen, Strümpfe
Woll- und Strickwaren / Jackenstrikotz
Höchste Leistungsfähigkeit infolge Selbstanfertigung
Max Holzer, Breslau 1
Reuschestrasse 57
Ecke Reußenohle

Albert Wagner
Friedrich Wilhelmstr. 26 u. 28
Modewaren
Damenkonfektion Brautausstattungen

Mohr & Co.
Schuhhaus
Poststrasse 2, Ecke Ohlauerstr.

Brauerei und Ausschank
Zum grossen Meerschiff
Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. vom Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

Nähmaschinen - Flemming
liefert gut und preiswert
Taschenstr. 31 (Schulhaus)
Teilzahlungen — Reparaturen

Wilhelm Vogel
Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
Gegründet 1880

Ossyra's Likörstuben

Baudachs Festsäle
Frankfurter Straße 174/9
empfiehlt seine Lokalitäten zu Festlichkeiten
Jeden Sonntag Tanz

Trinkt Nitschke-Korn Krem u. Liköre

Fahrräder in allen Preislagen
einjährig-gesetzliche Garantie
Bequeme Teilzahlung
Schypp, Gabitzstraße 11

Karsunky & Co.
Rosenthalerstraße 2 - Ecke Matthiasstraße
Möbel-Teilzahlung

Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche
kauft man am billigsten bei
Fraenkel & Blick
nur Schmiedebrücke 3/4
Wir unterhalten keine Filialen

August Karrasch
Schuhwaren
Trebnitzer Straße Nr. 21
Reparatur-Werkstatt

Alexander Wojtko, Likörfabrik
Klosterstraße 85/87 :: Tel. Okle 5984
Filiale:
Siebenhubenerstr. 18 :: Tel. Okle 5161

Fahrräder u. Zubehör
in allen Preislagen — Reparatur-Werkstätten — Reparaturen ohne Kaufzwang
Fahrradhaus Gomolla, Breslau
Ernnerplatz, Ecke Telegraphenstraße

Zentral-Ballsaal
Wesendstrasse 50/52
Jeden Sonntag Tanz
Der Saal ist für Vereine bestens empfohlen

Herren- und Damenräder
zu günstigen Zahlungsbedingungen gibt ab
Fahrrad-Handlung
Neumarkt 38 u. Schwenkfeldstr. 7

Fahrräder auf Teilzahlung
Drong, Fahrradhandlung
Altbüßerstraße 59 an der Ohlauer Str.

Hedwig Böhm
Friedrich-Wilhelm-Straße 61
Blusen / Kleider / Röcke
Moß und Lagerjacken

Teppiche — Gardinen — Möbelstoffe
Joseph Spanier & Sohn
Seit 1890 nur **Ohlauerstraße 45** Ecke Promenade

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Richard Hübner
Bismarckstraße 38

Oskar Reymann
Drogenhaus
Albrechtstraße 47 und Neumarkt 18
Wirtschafts-Artikel

St. Hubertus-Festsäle
Friedrich-Wilhelm-Straße 32
empfiehlt Saal und Vereinszimmer für Vereine und Gesellschaften
Neue Bewirtung

Thomas & Exner
am Rathaus 25
Damenkleiderstoffe
Kostümstoffe, Mantelstoffe, Rockstoffe, Herrenstoffe

Oskar Baum
Sternstrasse 77, Ecke Hedwigstr.
Wäsche / Schürzen / Kleider

Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Konfektion, Arbeiterkleidung
Kaufhaus Gertrud Salz
Neudorfstrasse 76
Vorzeiger dieses erhält 2 Proz. Rabatt!

M. Riedel
Färberei und Chemische Wasch-Anstalt
Filialen in allen Stadtteilen

Schuhwaren, Lederausschnitt
Anton Beier
Altbüsserstr. 23

Naumann Nähmaschinen
Alfred Schlesinger
Schmiedebrücke 29a
Teilzahlung gestaffelt

Verantwortl. f. d. redaktionellen Teil: Rich. Schulz, Redakteur Artur Müller, Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau

Lokales

Der Magistrat weiter Arm in Arm mit Ramisch und Konsorten

Der neue Erwerbslosenrat soll nicht anerkannt werden. Folgender Vorfall beweist das zur Genüge:

Breslau, 23. September.

Das Ergebnis der Wahlen zum Erwerbslosenrat ist dem Magistrat arg auf die Nerven gefallen. Er versucht schon jetzt, dem neuen Erwerbslosenrat die Arbeit unmöglich zu machen.

Als am Montag der neue Erwerbslosenrat zusammentrat, erschien als Vertreter der Liste 1 plötzlich auch Herr Malinka. Die Vertreter der Gemeinschaftsliste verlangten Malinkas Ausweisung aus dem Geschäftszimmer, da er auf der bis zum 2. September einzureichenden Kandidatenliste nicht aufgestellt war. Die Vertreter der Liste 1 behaupteten dagegen, Malinka wäre nach dem 2. September noch in die Kandidatenliste aufgenommen worden. (Dies wäre vollkommen unzulässig gewesen, da der 2. September als Schlußtermin für die Kandidatenaufstellung galt.) Rückfragen bei dem dafür zuständigen Sekretär des Arbeitsamtes, Mücke (SPD.), ergaben auch, daß von einer Aufstellung des Malinka und seiner Aufnahme in die Kandidatenliste nach dem 2. September nichts bekannt war. Die Vertreter der Liste 1 erklärten schließlich, daß sie am nächsten Tage den Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung, daß Malinka nachträglich in die Kandidatenliste aufgenommen worden, erbringen wollen. Malinka verließ den Saal, die anderen Vertreter der Liste 1 schlossen sich ihm an. Diese erste Abfuhr, die sich die Malinka-Leute holten, ließ den Magistrat bzw. den Stadtrat Prescher nicht schlafen. Als Genosse Kaffanke gestern den Schlüssel zum Geschäftszimmer des Arbeitslosenrats verlangte, wurde ihm erklärt, der Magistrat habe angeordnet, daß der Schlüssel nicht ausgehändigt werde. Ferner wurde erklärt, es sei zweifelhaft, ob der Magistrat den neuen Erwerbslosenrat anerkennen werde.

Die Vertreter der Liste 1 waren an diesem Tage nicht erschienen, obwohl sie sich gebrüstet hatten, Beweise anzutreten. Dieses Zusammentreffen des Fernbleibens der Ramisch-Leute und die Schlüsselverweigerung durch den Magistrat beweist, daß hinter den Kulissen gearbeitet worden ist und daß ein verabredetes Spiel zwischen Magistrat und Ramisch und Konsorten besteht. Man hat sich erneut gefunden, um die Arbeit des neuen Erwerbslosenrates zu sabotieren. — Der Kommunalbank-Prescher fühlt sich offenbar in einer homogenen Gesellschaft, wenn er mit notorischen Betrügern, die sich nachweislich an Geldern der Erwerbslosen vergriffen haben, durch Dick und Dünn geht. Aus Angst, nun endlich den betrogenen Erwerbslosen Rechenschaft über ihre Betrügereien an Erwerbslosengeldern zu geben, haben die Ramisch-Leute die Ungültigkeitserklärung der ersten Wahl durchgesetzt. Nun, da sie ins Fettnäpfchen getreten sind und bei der erneuten Wahl noch ärger in die Pfanne gehauen wurden wie zuvor, versuchen sie das niederträchtige Spiel mit den Interessen der Erwerbslosen aufs neue, und der Magistrat scheut sich nicht, sich schützend vor diese Betrügergesellschaft zu stellen.

Was sagen die Breslauer Erwerbslosen zu dieser neuen Provokation der erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen durch den Kommunalbank-Prescher? 20 000 Erwerbslose in Breslau warten darauf, daß endlich ein aus ehrlichen Leuten bestehender Erwerbslosenrat ihre Interessen wahrnimmt. Wollen sie es dulden, daß mit ihren Interessen weiter Schindluder getrieben wird? In der nächsten Stadtverordnetensitzung wird die kommunistische Stadtverordnetenfraktion dieses Verhalten gebührend brandmarken.

Die Sprache verloren

hat die Breslauer „Volkswacht" angesichts der beschämenden Niederlage ihrer Liste 1 bei den Wahlen zum Erwerbslosenrat. Sie hat bis heute noch nicht mit einer Zeile diese Wahl, an der immerhin doch 7000 Erwerbslose teilgenommen haben, erwähnt. Ist es nur der Schreck, der der alten Tante die sonst so gelenkige Zunge gelähmt hat? Oder schämt sie sich, ihren Lesern den Reinfall der Ramisch-Leute mitzuteilen?

Ergebnis der Zählung der stellenlosen Angestellten für die Provinz Schlesien

Die Zentrale für Angestellten-Vermittlung in Schlesien, Breslau, Ursulinerstr. 27/28 schreibt uns:

Das Ergebnis der Zählung aus den beiden Schlesischen Provinzen liegt nunmehr vor. Insgesamt haben sich 5 197 männliche und weibliche Angestellte aller Berufsarten bei den vorgeschriebenen Zählstellen gemeldet; von diesen waren 1 636 verheiratet. Von den männlichen Angestellten sind 36 v. H. verheiratet. Das Gesamtverhältnis unter den einzelnen Altersgruppen deckt sich im ganzen mit dem Teilergebnis von Breslau. Während die Zahl der jüngeren Angestellten nicht besonders ins Gewicht fällt, steigt die Zahl der Erwerbslosigkeit mit dem zunehmenden Alter. Die Dauer der Erwerbslosigkeit ist in den höheren Altersgruppen über 30 Jahren wesentlich höher als bei den jüngeren Altersgruppen. Das kommt daher, daß die Nachfrage nach jüngeren Angestellten heute überwiegt, wodurch die Arbeitskraft gut vorgebildeter, durch langjährige Erfahrungen in den verschiedensten Betrieben wertvollen älteren Arbeitskräfte brach liegen bleibt.

Die Arbeitsmarktlage für die Angestellten im Monat August weist keine wesentliche Aenderung auf. Im allgemeinen ist festzustellen, daß der Zugang von Stellensuchenden wesentlich größer ist, als der Abgang durch Vermittlungen. Umfangreiche Entlassungen in der Industrie und von einigen Banken, sowie die Rückkehr einer größeren Anzahl von Angestellten, die aushilfsweise bei Behörden tätig waren, haben den Bestand der Erwerbslosen nicht unwesentlich vergrößert. 60% der erwerbslosen Angestellten befinden sich in den Altersklassen über 25 Jahre. Die Herabdrückung der Altersgrenze bei den weiblichen Angestellten ist auffallend, weil bei fast 90% der Anforderungen ein Alter unter 20 Jahren vorgeschrieben ist.

Das große Herbst- und Kinderfest der IAH.

findet am kommenden Sonnabend, den 26. September, in sämtlichen Räumen des Schießwerder statt. Nach den getroffenen Vorbereitungen hat sich die Leitung ernstlich bemüht, den Beteiligten an dieser Veranstaltung sehr viel zu bieten. Nachmittags 4 Uhr beginnt das Programm, das ausgefüllt wird von Instrumental- und Gesangsvorträgen, Aufführungen von Kinderreigen und -tänzen, Reigen- und Kunstradfahren, Kunstturnen und Gewichtsübungen. Erfreulicherweise beteiligen sich daran die Vereine des Arbeiterkartells für Sport- und Körperpflege, Kinderabteilung und 2. Männerabteilung der Freien Turnerschaft Breslau, Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität", Arbeiter-Athletenbund, Bez. Breslau) und die Gesangvereine „Eos" und „Vorwärts". Das Programm ist also sehr reichhaltig und trägt durchaus proletarischen Charakter.

Besonderes Augenmerk richtete die IAH. wieder auf die Kinder. Diese werden unterhalten durch allerlei Spiel mit Prämiierung. Jedes Kind erhält ein schönes Geschenk und wird außerdem prämiiert, wenn es sich im Spiel auszeichnet. Die Preise sind durchweg wertvoll. Und wenn den Kindern am Abend der Magen knurrt, dann bekommen sie eine Semmel mit warmer Wurst. Mit eintretender Dunkelheit treten die Kinder an mit echten Fackeln, so daß diesmal der riesige Kinderumzug ein besonderes Gepräge erhält. Großer Wert wurde gelegt auf die Gliederung der vielen Kinder in einzelne Gruppen, so daß die Verteilung der Geschenke schnell und ohne großen Zeitverlust vor sich geht. Jeder Gruppe sind Aufsichtspersonen zugeteilt, die Spiel und Geschenkverteilung leiten. Die Spiele finden auf dem großen Spielplatz des Schießwerder statt, wo die Sammelplätze durch Plakate genau gekennzeichnet sind.

Für die Erwachsenen finden Preisspiele statt, die manchmal lebhafte Heiterkeitsstürme auslösen werden, so z. B. das Hindernisrennen (Mensch, sei bloß nicht dick, sonst bleibste stecken!) und das Wurstschnappen (hier geht's um die Wurst), bei dem von zwei Beteiligten stets einer eine schöne Wurst erhält, Eier-Wettlaufen u. v. a. wird manchem etwas bringen, der bei dem einen oder dem anderen seine Ungeschicklichkeit bewies.

Der Clou des Tages bildet

die große Tombola,

die am Abend zeigen wird, wer im Siebwerder das größte Schwein hat. Aber es wird auch Glückliche geben, die ein Schaf, eine Ziege, eine Gans, ein Huhn, ein Riesenkaninchen oder gar nur eine Taube mit nach Hause nehmen. Insgesamt werden gewonnen 46 gern gesehene Haustiere.

Im Saale findet am Abend Tanz statt. Auch hier werden wir viele finden, die die arrangierte Tombola besonders begrüßen. Diese umfaßt eine große Anzahl Gegenstände, die geschickte Kinderhände in den sowjetrussischen Kinderheimen der IAH. herstellten und mancher wird mit großem Interesse die Kunstwerke unserer kleinen Freunde im Alter von 8—14 Jahren betrachten.

Wir erwarten stärkste Beteiligung der Breslauer Arbeiterschaft an diesen Veranstaltungen, denn der gesamte Ueberschuß wird verwendet

zur Winterbekleidung einer großen Anzahl bedürftiger Breslauer Arbeiterkinder,

die am 13. Dezember im großen Saale des Schießwerders stattfinden soll. Darüber werden wir in den nächsten Wochen mehr sagen können.

Die IAH. bittet uns, geeignete Freunde und Genossen zu ersuchen, sich für diesen Tag zu kleinen Arbeiten im Interesse des Gelingens der Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Die hilfsbereiten Genossinnen und Genossen mögen sich am 26. September beim Sekretär der IAH., Genossen Zschocher, melden.

Wieder eine SPD.-Säule geborsten!

Der Landeshuter „Borgemeister" aus der SPD. hinausgeworfen

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten Iwan.)

Landeshut, 23. September.

Freund, du mußt borgen,
Du darfst nicht rappelköpfig sein,
Sonst tränk ich dirs morgen
Als Bürgermeister ein!

(Frei nach einem Wanderlied.)

Es ist geschehen! Der Herr „Borgemeister" Fechter (pardon: Bürgermeister Fechner) ist von seinen Parteigenossen, den Landeshuter Sozialdemokraten, abgeschüttelt worden. Der sozialdemokratische Wahlverein teilt nun plötzlich der Oeffentlichkeit mit, er habe Fechter, der seit einigen Monaten keine Beiträge mehr zahlte, aus seinen Mitgliederlisten gestrichen. Fechter selber ist nach Berlin abgereist.

So ist auch diese schwarz-rot-goldene Säule, schon lange geborsten, über Nacht zusammengebrochen. Nur ein Hügel unbezahlter Rechnungen und der schimpfende Chor der Geprellten zeugt noch von ihr.

Wahrlich, dieser Fechner war ein Fechter, den mancher Wanderbursch um seine wertvolle Gottesgabe beneiden konnte. (Randbemerkung des Setzers: Das will verdammt viel heißen!) Im Jahre 1922 wurde er als „sozialdemokratische Errungenschaft" aus Berlin importiert. Damals ahnte niemand der entzückten Parteigenossen, welch seltene Fähigkeit in ihm schlummerte. Aber, ach wie bald, ach wie bald.. Es dauerte nicht lange, da wurden die Gesichter der Landeshuter Sozialdemokraten länger und länger. Hartnäckig erhielten sich die Gerüchte über Zechgelage mit Fabrikanten, Kaufleuten und — Wohnungsuchenden. Bald waren es nicht mehr nur Gerüchte, sondern jeder sozialdemokratische Arbeiter konnte sich mit eigenen Augen von dem Treiben „seines" Borgemeisters überzeugen, der es nach dem Lutherwort mit „Wein, Weib und Gesang" hielt. Aber es blieb nicht dabei. Hinzu kam, wahrscheinlich eine Folge der finanziellen Pleite, eine immer offenere und unverblümtere Pumpmanie. 999 mal spielte sich dann die interessante Szene mit der „vergessenen" Brieftasche ab (die ein rechter Fechter natürlich niemals bei sich trägt), und jedesmal endet es dann entweder mit der großmütigen Hilfe eines Interessenten oder mit einem neuen Pump beim Wirt. Wahrlich, das ist eine Szene, die würdig wäre, von dem satirischen Genie in der „Bergwacht"-Redaktion, dem „Onkel Paul vom Leisebach", geschildert zu werden. Wie wärs?

Fechter trank besonders gern mit den Textilindustriellen, mit denen er freundschaftlich anstieß, während sie am gleichen Tage vielleicht ihre für Hungerlöhne arbeitenden Frauen und Mädchen auf die Straße warfen. Fechter war auch verantwortlich für jenen Reichelt, dessen Unterschlagung von Erwerbslosengeldern, trotz aller Bemühungen der Kommunisten, immer wieder verschleiert wird. (!!) Sitzt in der Stadtverwaltung irgendwo ein Mitfechter? Immerhin muß man Fechter auch etwas Gutes nachsagen — er war vielseitig. Er blieb keineswegs nicht bei den primitiven Methoden des einfachen Pumpes, nein, er wandte komplizierte Mittel zur Füllung seiner verödeten Kasse an. Die „Niederschlesische Zeitung" vom 20. September wirft ihm nicht nur liederlichen Lebenswandel und Schulden vor, sondern behauptet, er habe sich auch mit allerhand sehr zweifelhaften Wechselunternehmungen, ja sogar mit — Pferdehandel (!) beschäftigt.

Nach alledem kann denn auch die Behauptung der Landeshuter Sozialdemokratie, daß sie Fechter nur wegen Nichtbezahlung der Beiträge „gestrichen" habe, keinen Glauben finden. Zweifellos war nicht das, sondern die oben mitgeteilten Dinge die Veranlassung. Noch wenige Tage vorher lief — um nur einen Fall zu erwähnen — ein Wechsel Fechters in Höhe von 300 M. ab, den ein Parteifreund einlöste, wobei Fechter sich bereit erklärte, diese Summe dem werten Geschäftsmann Kreutzer-weise zurückzuzahlen. Trotzdem ist dem edlen Fechter mit dem Ausschluß bitteres Unrecht getan worden. Haben ihm seine führenden Parteigenossen nicht beim Trinken geholfen? Und das, obwohl die Schiller, Kreutzer, Schulze über die Qualifikation Fechters unterrichtet waren. Und warum soll Fechter ausgeschlossen werden, während die viel größeren Gauner Bauer, Leinert und Heilmann, die „hohen" Korruptionshelden, weiter führende Mitglieder der SPD. bleiben. Was dem Bauer recht, ist doch dem Fechter billig! Fechter verdient, daß er sofort wieder in die Barmat-Partei aufgenommen wird und von ihr ein Reichstagsmandat erhält. Neben dem Bauer, Heilmann, Leinert und Konsorten wird er sich ganz stilecht ausnehmen.

Aber was sagen die Landeshuter sozialdemokratischen Arbeiter zu diesem elenden Zusammenbruch einer „sozialdemokratischen Errungenschaft"?

Sie müssen sofort von der Landeshuter Parteileitung Aufklärung verlangen, denn zweifellos weiß diese noch manches, womit sie hinterm Berge hält. Sie fühlt sich mitschuldig. Sie will die Angelegenheit vertuschen. Das darf nicht geschehen! Heraus mit der Sprache! Wir glauben, es ist überflüssig, unsere sozialdemokratischen Kollegen — deren berechtigte Entrüstung über ein Subjekt wie Fechter und seine Mitschuldigen wir vollauf teilen — an ihre Pflichten zu erinnern. Sie werden schon selber wissen, wie sie sich gegenüber solchen Korruptionserscheinungen zu verhalten haben.

Nachklang zum Roten Tag in Sagan

Der Aufmarsch der Roten Frontkämpfer in Sagan am 5. und 6. September scheint dem Schmierfritzen der Görlicher Volkszeitung verdammt in die Knochen gefahren zu sein, sonst könnte man nicht solchen Mist verzapfen. Nach dem Gestank des Mistes zu urteilen, stammt er von Machenau, denn von dort sind schon die blödsinnigsten Gerüchte in Umlauf gesetzt worden. Aber lassen wir doch dem kleinen Gernegroß seine Freude. Tatsache ist, daß trotz der wenigen Kameraden wir einen größeren Eindruck geschaffen haben, als die Reichsbannerparade, die man von bürgerlicher Seite mit dem wenig schmeichelhaften Namen „Waschlappenparade" kennzeichnete. Dagegen bei unserer Demonstration konnte man feststellen, daß sogar alte Sozialdemokraten sagten: „das sind Soldaten der proletarischen Revolution". Dann noch eins, werter Schmierfritze. Hast Du schon einmal eine so große Menschenmenge auf dem Markt gesehen, als am Roten Tage? Ich will Dir noch verraten, daß ein Reichsbannerkamerad die Zuhörer auf 3000 Personen geschätzt hat. Auf die „übliche Rede" wißt ihr natürlich nichts zu schmieren, denn ihr habt da bittere Brocken zu hören bekommen, die von der Menge mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden. Also guter Freund, beherzige unsere Mahnung und gib Deinen Posten ab, denn bei Deinem Geschmiere hältst Du die Entwicklung des RFB. in Sagan nicht auf, dafür werden aber endlich die Kameraden, die Arbeiter im Reichsbanner, endlich einsehen, daß man mit einem Fabrikdirektor Steinmann usw. keine Kampfgemeinschaft schließen kann. Sondern die Parole der Arbeiter im Reichsbanner muß heißen: Hinein in den Roten Frontkämpfer-Bund, um den bürgerlichen Staat gemeinsam zu zerschlagen.

★ Parteiveranstaltungen ★

Liegnitz. Donnerstag, 24. 9. abds. 8 Uhr Funktionärsitzung.
— Freitag, 25. 9. abds. 8 Uhr Öffentliche Frauenversammlung „Reichsadler" Ref. Traute Hoelz.
— Sonntag, 27. 9. Werbetag für Presse.
— Dienstag, 29. 9. Gewerkschaftsobmännersitzung.
Brieg. Sonnabend, 26. 9. abds. 7,30 im Gasthaus zum „Weinberg" Öffentl. Versammlung.

★ Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.
— Donnerstag, abds. 7,30 Uhr im „Roten Löwen" Mitgliederversamml. Vorbereitung der Bezirkskonferenz. Mitgliedsbuch mitbringen.
Liegnitz. Donnerstag Arbeitsabend.
Hirschberg. Donnerstag, 24. 9. abds. 7,30 Uhr Öffentl.-Jugendversig. Lokal Müller, Genosse Morden spricht.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— Roter Jungsturm. Gruppe Nord. Montag, 28. 9. abds. 8 Uhr Öffentl.-Gruppenversammlung bei Oberschär, Weißenburger Platz 4
— Gruppe Nord. Freitag, 25. 9. abds. 8 Uhr Hirschstr. 6 Außerord. Gruppenversig.
— Ortsleitungsitzung. Donnerstag, abends 7,30 Uhr dazu sämtl. Abteilungsleiter. Treffpunkt Nikolaistr. Ecke Ring
— Ost. Freitag, abends 7,30 Uhr findet bei Franke eine wichtige Gruppensitzung statt. Ausmarsch und Besprechung über Schweidnitz.
— Schweidnitzfahrer 26. 9. Sonntagskarte Chroischwitz (8,10 Mk.) Abf. 6,24 Uhr Hbf. Ank. 8,30 Uhr. Sonntag, früh Abf. 5,41 Uhr. Ank. 7,06 ober-Abf. 6,18 Ank. 8,07 Uhr.
— Sämtliche Sammellisten sind bis zum 3. 10. abzurechnen.
— Alle Unterkassierer rechnen bis zum 26. 9. bei den Bezirkskassierern ab, sodaß rechnen bis zum 3. 10. beim Hauptkassierer ab.
Liegnitz. Mittwoch, 30. 9. Versammlung.

Versammlungsanzeigen

Rote Hilfe. Bezirk Süd. Sonnabend, abends bei Kusmaloff, Theresienstraße 18.

Genossen! Parole für Sonntag: Roter Tag in Schweidnitz

Radikale Töne christlicher Gewerkschafter gegen das Washingtoner Abkommen

Auf dem 3. Internationalen Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Luzern führte der Reichstagsabgeordnete Wieber-Deutschland, nach dem Bericht des „Deutschen" vom 20. September 1925 aus:

„Man möge sich über die Wirkung des gesetzlichen Achtstundentages und der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens doch keiner Selbsttäuschung hingeben. Wo der Achtstundentag gesetzlich besteht, bestehe er praktisch trotzdem nicht. Auch das Washingtoner Abkommen gestatte soviel Ausnahmen, daß er in Wirklichkeit nicht bestehe. Mit dem Abkommen und seiner Ratifizierung wird geradezu Schindluder getrieben. Die Väter derartiger Bestimmungen bestimmten nichts anderes als die Angst vor der Revolution. Und da redet man der Arbeiterschaft vor, es komme mit dieser Sache eine neue Zeitepoche. Das ist nichts anderes als eine Täuschung und eine Heuchelei, wie sie die Welt größer noch nicht gesehen hat."

Wahrlich, vortreffliche Ausführungen. Was wir Kommunisten tagaus, tagein über das Washingtoner Abkommen den Arbeitern gesagt haben, wird jetzt von einem deutschen Zentrumsgewerkschaftler bestätigt. Wir begreifen recht gut, wie Herr Wieber plötzlich zu solchen radikalen Tönen kommt. Aber wir sind der Meinung, daß auch seine Worte, die er heute plötzlich über das Washingtoner Abkommen findet, nichts anderes als „Täuschung und Heuchelei" sind. Die Zentrumsarbeiter haben es satt, sich ewig nur mit dem Hinweis auf das Washingtoner Abkommen trösten zu lassen und fordern kategorisch den vollen Achtstundentag. Der Herr Gewerkschaftsführer Wieber muß daher wenigstens einmal in Worten dieser Stimmung und diesen Forderungen Rechnung tragen, wenn er nicht seine Anhänger los werden will.

„Der Deutsche" bringt die Ausführungen Wiebers in Fettdruck. Mutet das nicht recht eigenartig an, nachdem es doch gerade die christlichen Gewerkschaften waren, die zusammen mit den freien Gewerkschaften für das Washingtoner Abkommen eingetreten und sich davon die Zurückeroberung des Achtstundentages versprachen?

Wie ernst die Ausführungen Wiebers zu bewerten sind, zeigen die folgenden, nicht in Fettdruck wiedergegebenen Ausführungen des deutschen Zentrumsgewerkschaftlers Otte:

„Otte-Deutschland ergänzt Wiebers Ausführungen dahin, daß die deutschen christlichen Gewerkschaften für den Achtstundentag sind und daß sie die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erstreben, als eine gewisse Sicherheitsmaßnahme für die fortschreitende soziale Entwicklung. Das schließe nicht aus, daß der Schwerpunkt der Gestaltung der Arbeitszeitverhältnisse bei der Selbsthilfe durch die Gewerkschaften liege."

Also nichts weiter als platte Demagogie. Man will die Zentrumsarbeiter täuschen mit radikalen Phrasen. Doch die Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften müssen nicht auf die Worte eines Wieber hören, sondern ihre Taten, ihren Kampf um den Achtstundentag betrachten. Nicht nur die Ausführungen Wiebers müssen die christlichen Arbeiter lesen und durchdenken, sondern auch die des Herrn Otte. Dann werden sie den Weg zum revolutionären Proletariat finden und zusammen mit uns Kommunisten den wahren Kampf um den Achtstundentag aufnehmen.

Christliche Gewerkschafter gegen den Faschismus

Der in Luzern tagende 3. Internationale Kongreß christlicher Gewerkschaften nahm nach dem „Deutschen" vom 21. September 1925 bei einer Aussprache über die christliche Bewegung der einzelnen Länder Stellung zum Faschismus. Der Sekretär des Internationalen Bundes, Serarens-Utrecht wandte sich in seinen Ausführungen gegen den Faschismus mit folgenden Worten:

„Mit den politischen Gebieten hat sich der Faschismus nicht begnügt. Er hat versucht, die auf demokratischer Grundlage auf der Koalitionsfreiheit aufgebaute Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern."

Wieber-Deutschland fügte hinzu, daß in Italien die Koalitionsfreiheit selbst der christlichen Arbeiter nicht mehr bestehe.

Dieselben christlichen Gewerkschaften, denen heute noch der ausgesprochene Faschist Stegerwald vorsteht, nehmen also nach den Erfahrungen, die ihre italienischen Verbände gemacht haben, gegen den Faschismus Stellung. Selbstverständlich sind die Ausführungen, die in Luzern gemacht wurden, nur als eine Konzession den Arbeitern gegenüber zu betrachten, die sich in Italien zusammen mit den kommunistischen Arbeitern gegen den faschistischen Terror wehren. Sollten die christlichen Arbeiter nicht wenigstens daraus die Konsequenz ziehen, ihren faschistischen Vorsitzenden Stegerwald davonzujagen und sich neue revolutionäre Führer zu wählen. Wie wenig ernst die Ausführungen zu nehmen sind, beweist auch, daß sie sich nur gegen den Faschismus auf wirtschaftlichem Gebiet wenden und sich scheinbar mit dem politischen Faschismus einverstanden erklären. Wir sind der Meinung, die christlichen Arbeiter Deutschlands müssen zusammen mit den christlichen Arbeitern in anderen Ländern an Taten beweisen, daß ihr Kampf gegen den Faschismus ernst ist. Sie müssen sich mit dem revolutionären Proletariat zusammenfinden zum gemeinsamen Kampfe gegen die faschistische Diktatur, sei es in Italien, Bulgarien, Deutschland oder in anderen Ländern.

Die Lohnverhandlungen im oberschlesischen Bergbau

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Am Sonnabend wurde über die Lohnzulage der oberschlesischen Bergarbeiter verhandelt. Selbstverständlich war auch der Schlichter da. Herr Brandes versteht es ja ausgezeichnet, Schiedssprüche zu fällen.

Und die Verhandlung fiel auch dementsprechend aus. Eine Lohnzulage wurde nämlich nicht bewilligt. Die oberschlesischen Unternehmer sollen zu arm sein, um eine Lohnzulage bewilligen zu können.

Nun, man braucht sich nicht zu wundern, wenn die oberschlesischen Unternehmer einen solchen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Gibt es doch in Oberschlesien Gewerkschaftsführer, die es für ihre vornehmste Aufgabe halten, sich für das Unternehmertum einzusetzen und fordern vom Herrn Generaldirektor Stähler, sich die Hand drücken zu lassen. Nun, sollte dies nicht stimmen, dann wird vielleicht Herr Schnöske von den Christlichen so freundlich sein und uns Auskunft geben, warum er sich so warm dafür einsetzt, daß die oberschlesische Industrie einen Millionenkredit erhalten soll. Vielleicht kann uns auch Herr Sch. mitteilen, wie „warm" der Händedruck war, mit dem Herr Stähler ihn nachher belohnt. — Tja, es geht doch nichts über einen Händedruck eines Generaldirektors gegenüber einem Gewerkschaftsführer.

Die Lohnverhandlungen verliefen also im Sande. Daraufhin riefen die Freien Gewerkschaften am Sonntag zu Protesten gegen diese Vergewaltigung auf. Auf Grund der Kürze der Zeit, die zum Zusammenrufen der Versammlung zur Verfügung stand, waren auch die Versammlungen schwach besucht. Jedoch tat dies der Sache keinen Abbruch und die Anwesenden gelobten, mit allen Mitteln Sorge dafür zu tragen, daß die breite Masse der oberschlesischen Arbeiter gegen die Hungerlöhne mobilisiert wird.

Dementsprechende Entschließungen wurden auf allen diesen Versammlungen angenommen. Die oberschlesischen Arbeiter fangen an, zu begreifen, daß sie sich wieder einmal auf die Hinterbeine stellen müssen, um dem profitgierigen Unternehmertum höheren Lohn abzutrotzen.

Arbeiter Oberschlesiens, erwacht und sammelt euch. Agitiert eifrig unter den indifferenten Kollegen und bringt sie in Bewegung für höhere Löhne, für eine bessere Existenz.

Wieviel wird gesetzlich vom Hungerlohn noch abgezogen?

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn ist im neuen Einkommensteuergesetz mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 ab neu geregelt worden, und zwar nach zwei Richtungen:

Erstens wird der bisherige steuerfreie Lohnbetrag von 960 R.-M. jährlich (80 R.-M. monatlich) in drei Teile zerlegt, einen steuerfreien Lohnbetrag im engeren Sinne von 600 R.-M. jährlich (50 R.-M. monatlich), der sich als reines Existenzminimum darstellt und zwei Beträge von je 180 R.-M. jährlich (15 R.-M. monatlich) zur Abgeltung der Werbungskosten und der Sonderleistungen. Zweitens findet bei der Berücksichtigung des Familienstandes eine Kombination des bisherigen Systems der prozentualen Abschläge und des Systems der festen Ermäßigung statt. Wie nach der zweiten Steuernotverordnung soll für die Ehefrau und jedes Kind eine Ermäßigung des Steuerabzuges von 10 v. H. um je 1 v. H. eintreten: Im Gesetz ist dies dadurch zum Ausdruck gebracht, daß außer dem Betrag von 960 R.-M. jährlich (80 R.-M. monatlich) 10 v. H. des über diesen Betrag hinausgehenden Arbeitslohnes für jeden Familienangehörigen steuerfrei bleiben soll. Mindestens aber sollen feste Beträge steuerfrei bleiben:

a) für die Ehefrau 120 R.-M. jährlich (10 R.-M. monatlich, 2,40 R.-M. wöchentlich, 0,40 R.-M. täglich, 0,10 R.-M. zweistündlich),

b) für das erste Kind 120 R.-M. jährlich, (10 R.-M. monatlich, 2,40 R.-M. wöchentlich, 0,40 R.-M. täglich, 0,10 R.-M. zweistündlich),

c) für das zweite Kind 240 R.-M. jährlich, (20 R.-M. monatlich, 4,80 R.-M. wöchentlich, 0,80 R.-M. täglich, 0,20 R.-M. zweistündlich),

d) für das dritte Kind 480 R.-M. jährlich, (40 R.-M. monatlich, 9,60 R.-M. wöchentlich, 1,60 R.-M. täglich, 2 R.-M. zweistündlich),

e) für das vierte und jedes folgende Kind je 600 R.-M. jährlich, (50 R.-M. monatlich, 12 R.-M. wöchentlich, 2 R.-M. täglich, 0,50 R.-M. zweistündlich).

Durch diese Kombination zweier Systeme soll sowohl den kleinen wie den größeren Lohnsteuerpflichtigen Rechnung getragen werden. Welches System also für die Berücksichtigung des Familienstandes anzuwenden ist, ob das prozentuale oder das der festen Ermäßigung, richtet sich danach, welches System im einzelnen Falle für den Steuerpflichtigen in seiner Gesamtheit (insgesamt) günstiger wirkt. Das System der festen Beträge wirkt bei den niedrigeren Lohneinkommen günstiger, das prozentuale System bei den höheren. Aus der nachstehenden Tabelle sind diese nach dem Familienstand verschieden hohen Lohnbeträge ersichtlich, bei deren Ueberschreiten das prozentuale System angewendet werden muß, weil es günstiger ist. Bei den in der Tabelle angeführten Lohnbeträgen, die niedriger sind, muß das System der festen Ermäßigung angewendet werden, da dieses System hier günstiger wirkt.

Ueber die Einzelheiten der Umstellung ergeht demnächst weitere Weisung. Die Unternehmer sollen wie bisher durch Merkblätter über die neuen Vorschriften unterrichtet werden. Bis zum 30. September 1925 ist also der Steuerabzug vom Arbeitslohn noch nach den Vorschriften des Steuerüberleitungsgesetzes vorzunehmen.

Familienstand	Verheirateter Arbeitnehmer		Verwitweter Arbeitnehmer	
	Jahresarbeitslohn			
Ehefrau	2160.—	Mk.	—	Mk.
1 Kind	2160.—	"	2160.—	"
2 Kinder	2560.—	"	2760.—	"
3 Kinder	3360.—	"	3760.—	"
4 Kinder	4080.—	"	4560.—	"
5 Kinder	4560.—	"	5040.—	"
6 Kinder	4802.86	"	5360.—	"
7 Kinder	5160.—	"	5588.57	"
8 Kinder	5360.—	"	5760.—	"
9 Kinder	—	"	5893.33	"
10 Kinder	—	"	—	"

Beispiele:

1. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern bezieht einen Jahresarbeitslohn von 3000 Mark. Dann ist das System der festen Ermäßigungen anzuwenden:

3000—960 (für den Steuerpflichtigen),
—120 (für die Ehefrau),
—120 (für das erste Kind),
—240 (für das zweite Kind),
—480 (für das dritte Kind).
3000—1920 gleich 1080.— Mk.
hiervon 10 v. H. gleich 108.— Mk.

Das prozentuale System kommt nicht in Frage:

3000—960 gleich 2040.— Mk.
4 mal 10 v. H. von 2040 gleich 816.— Mk.
1224.— Mk.
hiervon 10 v. H. gleich 122.40 Mk.

2. Bezieht der unter 1 bezeichnete Arbeitnehmer statt 3000 aber 3720 Mark, so ist das prozentuale System anzuwenden:

3720—960 gleich 2760.— Mk.
4 mal 10 v. H. von 2760 gleich 1104.— Mk.
1656.— Mk.
hiervon 10 v. H. gleich 165.60 Mk.

Zu demselben Ergebnis gelangt man bei folgender Berechnung:

3720—960 gleich 2760.— Mk.
hiervon (10—4 gleich) 6 v. H. gleich 165.60 Mk.

Bei Anwendung des Systems der festen Ermäßigungen würde sich eine höhere Steuer ergeben:

3720—1920 gleich 1800.— Mk.
hiervon 10 v. H. gleich 180.— Mk.

Ab 1. Oktober erscheint wieder monatlich

Der Parteiarbeiter

„Der Parteiarbeiter" bringt eine Sammlung und Zusammenfassung der praktischen Erfahrungen der aktiven Parteiarbeiter. Alle Fragen der Propaganda und Organisation werden von den Genossen besprochen, die mitten in der Praxis stehen. Nicht nur theoretisch werden alle aktuellen Probleme der Organisation besprochen. Wert ist vor allem darauf gelegt, den „Parteiarbeiter" zum Organ der Praktiker der Kleinarbeit zu machen. Jeder Genosse wird den Wert des Austausches dieser Erfahrungen einsehen und wertvolle Anregungen für seine Parteiarbeit aus dem „Parteiarbeiter" schöpfen.

Jedes aktive Parteimitglied muß Abonnent des „Parteiarbeiter" werden

Umfang jedes Heftes 16 Seiten
Preis des Heftes 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder die Literaturobleute der Partei.

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
GmbH., Berlin SW 61, Plauufer 17

Hast du den „Parteiarbeiter" bestellt?

Am 1. Oktober erscheint der P.A. wieder. Er ist die zentrale organisatorische Monatsschrift der Partei. Seine Mitarbeiter sind Genossen aus allen Zellen, Ortsgruppen, Bezirken des ganzen Reiches. Er nimmt zu allen aktuellen Organisationsfragen Stellung, im jetzigen Moment besonders zur Umstellung der Organisationsform und der Methoden unserer gesamten Parteiarbeit. Der Inhalt ist nicht von Theorie vom grünen Tisch, sondern Erfahrungsmaterial aus der Praxis unserer Ortsgruppen, Zellen, Fraktionen. Für jeden Genossen, der nicht lediglich „Sympathisierender" innerhalb der Partei sein, sondern aktiv mitarbeiten will, ist der Bezug des P.A. unumgänglich nötig.

Die Zeitungen müssen den Bezug des P.A. sofort organisieren. Die Listen der Abonnenten müssen mit dem Geld (je 20 Pfennig) an die nächste Literaturstelle der Partei geschickt werden.

Schiedsspruch im Schriftgießerstreit

Am vorigen Sonnabend fanden im Reichsarbeitsministerium lange Verhandlungen statt, die mit einem Schiedsspruch endeten, der sowohl von den Arbeiter- und Unternehmervertretern der Spruchkammer abgelehnt wurde.

Der Schiedsspruch sieht eine ungefähr 9prozentige Lohnerhöhung (Spitzenlohn von 49,44 Mark pro Woche) vor. Die Arbeiter, die noch Anspruch auf Urlaub haben, sollen entgegen den tariflichen Bestimmungen nur 50 Prozent des jedem Arbeiter zustehenden Urlaubsgeldes bekommen.

Der entscheidende Teil des Schiedsspruches hat folgenden Wortlaut:

„Bei den Betrieben oder Betriebsabteilungen, die neue Arbeitskräfte bisher nicht eingestellt haben, werden alle früheren Arbeitskräfte am 23. September 1925 wieder eingestellt.

Bei den übrigen Betrieben oder Betriebs-Abteilungen (in denen Streikbrecher arbeiten. D. Red.), wird die Arbeit so schnell und soweit wieder aufgenommen, wie dies die betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse irgend gestatten. Die Wiedereinstellung soll möglichst bis zum 21. Oktober 1925 beendet sein. Für die bis zum letztgenannten Zeitpunkt wieder Eingestellten gelten die Urlaubsfristbestimmungen nach Punkt 2 dieses Schiedsspruches.

Maßregelungen aus Anlaß der Arbeitsunterbrechung dürfen nicht vorgenommen werden.

Bei Bedarf an Arbeitskräften sind in erster Reihe die vor der Arbeitsunterbrechung beschäftigt gewesenen Arbeitskräfte gleicher Art zu berücksichtigen. Hierbei haben Arbeitskräfte, die aus Anlaß des derzeitigen Streiks gerichtlich endgültig bestraft worden sind, oder gegen die ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft noch schwebt, auf Wiedereinstellung keinen Anspruch."